

Gemeinsamer Antrag

(Antrag Nr. 15-0377/2013)

Eingereicht am 14.02.2013 um 14:26 Uhr.

Bebauung des Grundstücks Kita Am Kalkbruche / In der Steinbreite

Gemeinsamer Antrag von SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Der Bezirksrat möge beschließen:

Rat und Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover werden aufgefordert,

1. den Bau eines Mehrzweckgebäudes für Kinder- und Schulbetreuung (wahlweise Nutzung für Kindertagesstätte, Kinderkrippe und Hort je nach Bedarf) auf dem Grundstück „Am Kalkbruche / In der Steinbreite“ zu beschließen.
2. das bereits am 8.12.2011 eingeleitete Planänderungsverfahren für den Bebauungsplan Nr. 264 unverzüglich fortzusetzen und den Bebauungsplan dahingehend zu ändern, dass eine Bebauung ausschließlich mit einem o. g. Mehrzweckgebäude für Kinder- und Hortbetreuung möglich ist.

Begründung

Zu der immer wieder propagierten Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehört auch eine ausreichende Versorgung für die Betreuung der Kinder im frühkindlichen Bildungsbereich. Besonders betroffen sind allein Erziehende, denen durch fehlende Kinderbetreuung der Wiedereinstieg ins Berufsleben verbaut wird.

Der aktuelle Kindertagesstättenbericht zeigt, dass der Stadtbezirk Ahlem-Badenstedt-Davenstedt immer noch in der Versorgungsquote auf den letzten Plätzen rangiert. Der Zuzug von jungen Familien ist ungebrochen und gewünscht. Des Weiteren ist ein Neubaugebiet in der Entwicklung, über ein weiteres wird nachgedacht.

Es liegt nicht am fehlenden Willen der Verwaltung, sondern vielmehr an den bisher nicht vorhandenen Räumlichkeiten. Da nicht davon auszugehen ist, dass mittelfristig geeignete Räumlichkeiten frei werden und neue bei weitem nicht reichen, ist es notwendig, dem Platzmangel mit Neubauten zu begegnen.

Das betroffene Grundstück ist aus Sicht der städtebaulichen Stadtentwicklung hierfür bestens geeignet, weil es die Lücke zwischen der vorhandenen Kindertagesstätte und der Grundschule schließt. Bereits in der Vergangenheit ist über diesen Standort mehrfach debattiert worden. Eine andere Nutzung des Grundstücks wäre zum jetzigen Zeitpunkt fahrlässig.

Die bisher angeführten Probleme der Bodenverunreinigung, dürften hier nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Zum einen hat die Landeshauptstadt Hannover für derartige Grundstücke einen

Altlastensanierungsfond aufgelegt und zum anderen wäre auch eine Veräußerung an einen Investor nur nach vorheriger Sanierung möglich. Somit kann die Stadt das Grundstück auch gleich selbst für den vorrangigen Zweck der Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen nutzen und muss nicht teuer von dritten mieten.

Die Betreuung erfolgt auch heute noch in den meisten Fällen durch die Mütter, gerade diesen muss durch ein auskömmliches Betreuungsangebot bei Krippen, Kindertagesstättenplätzen und in der Schulkinderbetreuung die Rückkehr in den Beruf erleichtert werden.

Die Zahl von Einkinderhaushalten und Kleinstfamilien mit nur einem Elternteil nimmt auch im Stadtbezirk Ahlem-Badenstedt-Davenstedt immer mehr zu, so dass der Druck auf das Entstehen von Betreuungsplätzen weiter zunimmt.

Es ist notwendig, dass auch weiterhin deutliche Signale für eine familienfreundliche Politik in der Landeshauptstadt Hannover gesetzt werden.

Hannover / 14.02.2013